

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Nachrichten Dresden.
Verleger: Gemeinnützige Druckerei
für Nachrichten: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Oktober 1920 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mk.
Postbezugspreis für Monat Oktober 3 Mark ohne Postgebühren.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: bis einpallige 30 mm breite
Zeile 30 Pfg., für zusammen 30 Pfg. Familienanzeigen und Einzelanzeigen ohne
Kasten 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., bis 90 mm breite Zeilenzeile 150 Pfg.,
außerhalb 200 Pfg., Offertentafeln 10 Pfg., Annon. Werbung gegen Vorbezahlung.

Schriftleitung und Anzeigenabteilung:
Mertenstraße 38/42.
Druck u. Verlag von Henschel & Reichardt in Dresden.
Poltschek-Ant. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unerlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Flügel und Pianos
August Förster
Waisenhausstraße 8 - Fernsprecher 14072

Dauerbrand-Öfen aller Systeme
in größter Auswahl und allen Preislagen.
Reichhaltiges Musterlager zur Besichtigung empfohlen.
Florian Czockerts Nachfolger
Ferdinand Wiesner
Dresden-A., Töpferstraße 9, 13, 15. Sammelnruf 25401.

Konditorei Limberg
Prager Straße 10
Moderne, behagliche Räume
Zeitungen und Zeitschriften
Spezialitäten in Eis und Gebäck

Bermittlung Hindenburgs im Fall Seeckt.

Der Reichspräsident versucht durch Ausgleich Seeckt der Reichswehr zu erhalten.

Sinnesfrierung durch amerikanisches Kapital. — Polen verweigert Chorzow. — Die schmachvollen deutschen Denunziationen.

Die Besprechungen im Reichspräsidentenpalais.

Berlin, 7. Okt. Der Besuch des Reichskanzlers Marx beim Reichspräsidenten v. Hindenburg, der, wie schon gemeldet, einer Besprechung über den Fall Seeckt dienen sollte, hat heute noch nicht stattgefunden. Es ist dies darauf zurückzuführen, daß sowohl der Reichskanzler, wie auch der Reichspräsident v. Hindenburg diese Angelegenheit, die so großes Aufsehen im In- und Auslande hervorgerufen hat, und die für Deutschland die größte politische Bedeutung hat, auf keinem Fall übereinstimmend, sondern erst noch einmal in aller Ruhe durchberaten wollen. Heute wurden vom Reichspräsidenten zu gesondelter Besprechung sowohl der Reichswehrminister, Gehler wie auch der Generaloberst v. Seeckt empfangen. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß diese Besprechungen dem Zweck dienen, die Möglichkeit eines Ausgleichs zu suchen, der den sowohl um die Reichswehr, wie um den Staat hochverdienten General v. Seeckt auf seinem Posten belassen würde. Bei diesem Stand der Dinge dürfte möglicherweise auch für morgen noch nicht mit einer Entscheidung in dieser Angelegenheit zu rechnen sein. Es ist daher bis jetzt noch immer verfrüht, Nachfolger für den General v. Seeckt zu benennen.

Wie es zum Konflikt kam.

Demokratische Sensationsmeldungen.
Berlin, 7. Okt. Berliner demokratische Blätter wissen noch einige Einzelheiten über die Vorgeschichte des Falles Seeckt zu berichten. So gibt heute ein Blatt an, daß beim Kronprinzenpaar schon längst die Absicht bestanden hätte, den ältesten Sohn Friedrich Wilhelm von Preußen militärisch auszubilden. Auf diese Absicht sei eine Unterhaltung zurückzuführen, die die Kronprinzessin Cecilie mit dem Generalobersten v. Seeckt anlässlich eines gesellschaftlichen Beisammenseins hatte. In dieser Unterhaltung soll die Kronprinzessin die Bemerkung gemacht haben, sie wisse nicht recht, was sie mit ihrem ältesten Sohn beginnen soll; doch sei General von Seeckt einer Antwort auswichen. In stärkerem Maße als General von Seeckt hätten sich jedoch ihm untergeordnete Offiziere im Reichswehrministerium dem Projekt, den Kronprinzensohn an Reichswehrrübungen teilnehmen zu lassen, zugänglich erwiesen.

Die Verantwortung für diese unkontrollierbaren Nachrichten muß man den demokratischen Blättern überlassen, die im übrigen auch noch davon zu berichten wissen, daß dem Rücktrittsgesuche des Generals v. Seeckt eine überaus dramatische Besprechung mit dem Reichswehrminister Gehler

vorangegangen sei. Dr. Gehler habe sich diesmal als ganz einwandfreier Republikaner erwiesen, indem er ganz entschieden den Versuch eines Ausgleichs zwischen sich und dem Generalobersten v. Seeckt zurückgewiesen habe. Ueberaus lächerlich mutet es auch an, wenn weiter berichtet wird, daß Reichswehroffiziere eine Aktion für den General v. Seeckt planten und daß man lieber Gehler verschwinden sehen würde als den General v. Seeckt. An diesen Behauptungen ist kein wahres Wort. Dem Reichswehrministerium ist bis jetzt jedenfalls nicht das geringste davon bekannt geworden, daß Reichswehroffiziere nord- und mitteldeutscher Garnisonen sich beim Reichspräsidenten v. Hindenburg für General v. Seeckt einsetzen wollten. Man erklärt im Reichswehrministerium alle diesbezüglichen Nachrichten für freie Erfindung.

Marx' Besprechungen in Berlin.

Berlin, 7. Oktober. Reichskanzler Dr. Marx ist heute nachmittags gegen 3 Uhr in Berlin eingetroffen und begab sich, nachdem er auf der Fahrt nach Berlin über die wichtigsten politischen Fragen von dem Staatssekretär der Reichskanzlei Dr. Pander, der ihm entgegengefahren war, unterrichtet worden war, nach dem Reichstag. Hier hatte der Kanzler zunächst eine längere Besprechung mit den Mitgliedern des Parteivorstandes der Zentrumspartei, in der interne Fragen der Zentrumspartei behandelt wurden, die sich auf die in nächster Zeit in Erfurt stattfindende Parteiausgleichung des Zentrums beziehen.

Der Eindruck in London.

London, 7. Okt. General v. Seeckts Rücktritt hat auf die englische Presse einen tiefen Eindruck gemacht. Im „Daily Telegraph“ schreibt der diplomatische Korrespondent, der Rücktritt sei ebenso eine große internationale Angelegenheit, wie eine rein deutsche. Er erinnert an die Furcht, die die Franzosen vor der bemerkenswerten Organisationsfähigkeit v. Seeckts hatten, eine Furcht, die sie veranlaßte, alles mögliche aufzubringen, um ihn aus der Reichswehr zu entfernen. Das Deutsche Reich sei dem General zum größten Danke verpflichtet. Ganz bestimmt erweise sich kein anderer deutscher General zurzeit eines solchen Prestiges wie v. Seeckt. Der Korrespondent betont dann, daß Seeckt die 100 000 Mann der Reichswehr zu den besttrainierten Truppen Europas gemacht hat. — Selbst Zeitungen wie „Daily Mail“ äußern ihre Bewunderung für Seeckt. Dieses Blatt z. B. schreibt: Ein Junker heißer Art, war er bereit, der Deutschen Republik zu dienen, weil er nur so an dem Wiederaufbau der deutschen Armee arbeiten konnte, und in den sechs Jahren hat er die deutsche Armee zur besten Kampfarmee gemacht. Nur die Zeit kann zeigen, ob sein Rücktritt einen Sieg für die Deutsche Republik bedeutet, oder ob das Land sich für seinen Sturz rächen wird.

Seeckts Rücktritt.

Die „bedrohte“ Republik.

Das hätte sich wohl niemand träumen lassen, daß durch eine Kampagne von links her der Chef der deutschen Wehrleitung in seiner Stellung erschüttert werden würde, der noch vor gar nicht langer Zeit von derselben Linken als Hort der Republik überaus hochgeachtet wurde und dem man insbesondere als überragendes Verdienst die Vereitelung des Rapp-Putsch auf seinem Habentkonto buchte. Es ist wahrhaft tragisch, daß ein Schicksal, nicht dem Ansturm seiner ausländischen Gegner droht General v. Seeckt zu erliegen, bei denen er bestgeachtet war, weil er unter hergehoht getürmten Schwierigkeiten die Reichswehr zu einer schlagfertigen Truppe auszubilden vermochte. Den fremden Intrigen hielt er erfolgreich stand, aber den Streichen, die eine unerhörte heftige Attacke der Linken gegen ihn führte, soll er erliegen. Um zu verstehen, wie die Zusammenhänge liegen, muß man sich vor Augen halten, was sich bis zum Eintritt der Katastrophe auf der politischen Schaubühne ereignet hat.

In ihren ersten Anfängen erinnerte die Affäre stark an den Fall des Generals Sixt v. Armin, der bei einer privaten Feier eines Berliner Regiments im Kreise ehemaliger alter Offiziere in einer Ansprache die unerklärliche Treue seiner Kameraden gegen den Kaiser auf Grund des geleisteten Ruhmes betont hatte, und zwar in Gegenwart einer Ehrenkompanie der Reichswehr, die an der Veranstaltung teilgenommen hatte. Es gab damals ebenfalls ein großes Hallo aus der Linken, die Republik wurde in der üblichen Weise für „bedroht“ erklärt und der Reichswehrminister (scharf im Gebet genommen). Es erging dann ein Erlass, der gegen die Wiederholung solcher Unstimmigkeiten Vorsorge traf, und damit war die Sache erledigt. Vor kurzem hatten die Bismarckler der Republik, die überall und nirgends Gefahren wittern, die nicht vorhanden sind, eine neue „Entdeckung“ gemacht: Prinz Wilhelm von Preußen, der 20jährige Älteste Sohn des Kronprinzen Wilhelm, sollte in die Reichswehr eingetreten sein. Das war eine Ente, die bereits im Anzuge von einem nachdrücklichen Dementi ertötet wurde. Dann tauchte die neue Version auf, daß der Prinz sich als Zuschauer bei den Manövern des 9. Reichswehr-Infanterie-Regiments in Münsingen betätigt habe. Selbst das wurde bemängelt, obwohl doch schließlich auch ein Prinz republikanischer Staatsbürger ist und als solcher unzweifelhaft das Recht hat, sich unter die Zuschauer bei Truppenübungen zu mischen. Fürchtete man vielleicht in antimilitaristischen Kreisen der Linken, daß der Anblick eines Ur-Urenkels Kaiser Wilhelms des Großen einen unheilvollen monarchistischen Einfluß auf die übenden Truppen hätte ausüben können? Die Beunruhigten republikanischen Gemüter dehnten aber ihren Forschungsdrang noch weiter aus und gingen den Dingen bis auf den letzten Grund. Da stellte sich zum allgemeinen Entsetzen der Linken heraus, daß der Prinz seinem soldatischen Drange durch eine vorübergehende Dienstleistung bei dem genannten Regiment Genüge getan und u. a. bei einem Pferdetransport mitgewirkt hatte, bei dem er, wie in der Linkspresse mit besonderem Vergnügen berichtet wurde, von einem Vorgesetzten, „der seine hohe Wkunst nicht kannte“, dersh „angepöfien“ worden sein soll.

Das ist der Tatbestand. Wenn Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, wenn die Einstellung des Prinzen, wie behauptet wird, den Dienstvorschriften widerspricht, wenn trotzdem General v. Seeckt, wie weiter verlautet, ohne Vorwissen des Reichswehrministers die vorübergehende Verwendung des Prinzen bei der Truppe, sei es ausdrücklich oder stillschweigend, gebilligt hat, so wäre es Sache der von Dr. Gehler angeordneten Untersuchung gewesen, alle diese Momente reiflich auszuklären und entsprechende Maßnahmen für die Zukunft zu treffen. Das hätte alles in größter sachlicher Ruhe vereinigt werden können, und auch ein etwaiger Gegenstoß zwischen v. Seeckt und Dr. Gehler wäre durch eine lokale persönliche Aussprache — das darf man auf Grund der Kenntnis des Charakters der beiden Männer bestimmt annehmen — un schwer auszugleichen gewesen. Eine solche Lösung hätte aber der Linken das parteipolitische Konzept verdorben. Man brauchte dort eine zugräftige Parole, von der nach radikaler Auffassung Erfolg nach der Klärung zu erhoffen war, daß man wieder einmal die Notwendigkeit einer Einheitsfront der „republikanischen Verfassungskämpfer“ auszeigte, um in solchem Sinne einen Druck auf die Regierungsbildung im Reich und in Preußen auszuüben. So ging denn das Reife-treiben in Szene. Zuerst wurde ausschließlich Dr. Gehler

Ein Wohnsitz für Kaiser Wilhelm II. in Preußen.

Ein bedeutender Passus im Hohenzollernvertrag.

Berlin, 7. Okt. Die preussische Staatsregierung hat jetzt dem preussischen Staatsrat den Vergleichsvorschlag über die Auseinandersetzung mit den Hohenzollern vorgelegt. Der Inhalt ist in seinen wesentlichen Teilen bereits bekannt. Von großem Interesse ist aber noch der § 7 des Vertrages, wo es im Wortlaut u. a. heißt:

„Der Staat stellt dem vormaligen regierenden König Wilhelm II. an etwaiigen Wunsch Schloß und Park zu Gomburg vor der Höhe als Wohnsitz für ihn und seine Gemahlin auf Lebenszeit beider zur Verfügung.“

Der Staat stellt dem vormaligen Kronprinzen und seiner Gemahlin sowie ihren Kindern und Enkelkindern auf Lebenszeit den in dem neuen Garten bei Potsdam gelegenen Gäckelhof als Wohnsitz zur Verfügung mit dem Recht der ausschließlichen Benutzung der vom Gäckelhof bisher abgetrennten Teile des neuen Gartens und dem Recht der Nutzung der gegenwärtig im Besitz des vormaligen Kronprinzen befindlichen Nebengebäude. Die Unterhaltung der Gebäude und Gartenanlagen erfolgt durch den vormaligen Kronprinzen und seinem Nachfolger im Gärtnereien mit der zuzählenden staatlichen Haus- und Gartenverwaltung.

Dieser Paragraph sichert dem ehemaligen Kaiser einen Wohnsitz in Deutschland zu und wäre seinem Wortlaut nach geeignet, ihm das zurückzugeben, was er in seinem Unglück wohl am meisten entbehrt — die Heimat. Es scheint auch daraus unmittelbar hervorzugehen, daß die preussische Regierung gegen eine Rückkehr des Kaisers und gegen

seine Niederlassung in Gomburg u. d. Höhe keine Einwendungen hat. Trotzdem besteht wenig Wahrscheinlichkeit, daß es dem Kaiser verdonnt sein wird, seinen Lebensabend auf heimatischer Erde zu beschließen. Die Wünsche des republikanischen Kapitals werden das — man denke nur an den Fall Seeckt — mit ihrem Geschnatter von der „bedrohten Republik“ schon zu verhindern wissen.

Koalitionsdebatten in der Volkspartei.

Berlin, 7. Okt. Die Frage einer Erweiterung der preussischen Regierung ist heute nicht weiter gekommen. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei legte heute nachmittags die bereits am Vormittag beantragte Aussprache vor. Es kam erneut zu lebhaften Auseinandersetzungen darüber, ob man sich an einer Großen Koalition beteiligen soll und warum man sich daran nicht beteiligen könne; aber ein entscheidender Beisatz wurde auch heute noch nicht gefaßt. Die Aussprache in der Fraktion wird am Freitag fortgeführt werden. Im übrigen ist in der Partei die Antrittsstrede, die der neue sozialdemokratische Innenminister heute vor den Beamten des preussischen Innenministeriums hielt, überliefert worden, namentlich wegen der Offenheiten, die Herr Grzesinski dabei zum besten gab.

Schlägerei im Berliner Stadtparlament.

Berlin, 7. Okt. In der heutigen Berliner Stadtverordnetenversammlung kam es bei der Beratung der Anträge bezüglich der weiteren Unterstützung der Erwerbslosen zu einer Schlägerei zwischen dem kommunistischen Stadtverordneten Roth und dem Sozialdemokraten Ulrich. Andere Mitglieder beider Parteien mischten sich ein. Der Vorsitzende unterbrach die Sitzung.